

Manfred Sohn

**Die Sanktionsmaschine – eine Einführung**



Manfred Sohn

**Die Sanktionsmaschine –  
eine Einführung**

 **Mangroven**  
ERLAG

© Mangroven Verlag 2024

Erste Auflage

Manfred Sohn: Die Sanktionsmaschine – Eine Einführung

Redaktion: Constanze Kraft

Druck: CPI buchbücher.de GmbH

Umschlag: Niki Bong

Titelbild: Yulicon/Shutterstock

[www.mangroven-verlag.de](http://www.mangroven-verlag.de)

[info@mangroven-verlag.de](mailto:info@mangroven-verlag.de)

ISBN 978-3-946946-43-4

# Inhalt

Vorwort: Posse um einen Begriff | 7

**Kapitel 1 Die Mutter aller Sanktionen | 11**  
Die alliierte Blockade im Ersten Weltkrieg  
bis zu Artikel 16 des Völkerbunds | 11

**Kapitel 2 Sanktionen zwischen den Weltkriegen | 27**  
Vom Völkerbund zu den Vereinten Nationen | 27

**Kapitel 3 Ein Kriegskind | 45**  
Die Sanktionen der UNO-Charta | 45

**Kapitel 4 Völlig losgelöst | 57**  
Gegen schwächere Nationen gerichtete  
völkerrechtswidrige Sanktionen von USA und EU  
am Beispiel Kuba und Syrien | 57

**Kapitel 5 Die Entfesselung der Sanktionsmaschine | 75**  
Antirussische Sanktionen seit dem Februar 2022 | 75

**Kapitel 6 Wirkungen nach innen | 92**  
Test der deutschen Leidensbereitschaft | 92

**Kapitel 7 Das Zerbrechen der Sanktionsmaschine | 109**  
Anmerkungen zum Charakter unserer Epoche | 109

Nachwort: Sanktionsmaschinen und Kriegsmaschinen | 126



# Vorwort: Posse um einen Begriff

Am 8. September 2022 hielt die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht für ihre Fraktion „Die Linke“ eine sechsminütige Rede, die – für diese Partei seit längerem ungewohnt – nicht nur im Netz millionenfach aufgerufen wurde<sup>1</sup>, sondern auch für Schlagzeilen in allen deutschen Leitmedien sorgte. „Wagenknecht sorgt mit ‚Wirtschaftskrieg‘-Vorwurf für Wirbel“, titelte die „Süddeutsche Zeitung“. Die „taz“ berichtete über eine „verstörende Rede“, die die „Rechte entzückt“ hätte. Schon einen Tag später meldete das „Handelsblatt“: „Linke-Spitze rüffelt Wagenknecht für ‚Wirtschaftskrieg‘“ und erläutert: „Die beiden Linken-Vorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan haben sich offiziell von einer Rede ihrer Genossin Sahra Wagenknecht im Bundestag distanziert. Damit übten sie auch Kritik am Fraktionsvorstand, der Wagenknecht für die Debatte über die Wirtschafts- und Energiepolitik aufgestellt hatte. ‚Abgeordnete, die für die Fraktion reden, müssen aus unserer Sicht die beschlossenen Positionen der Linken vertreten‘, sagten Wissler und Schirdewan am Freitag der Tageszeitung ‚nd‘. Wenn Wagenknecht das nicht guten Gewissens tun könne, dann sollte jemand anderes reden, meinten die Parteichefs.“

Was hatte sie so Schlimmes gesagt, dass sich die eigene Parteispitze von ihrer resonanzstärksten Rednerin im deutschen Parlament distanziert?

Sie hatte im Rahmen der Beratungen über den Haushaltsplan 2023<sup>2</sup> das Wort auf die Einbringung des Einzelplans 09 des Bundeswirtschaftsministers erhalten. Formuliert hatte sie laut stenografischem Protokoll des Bundestages

- 1 Der YouTube-Zähler allein der „Welt online“ vermeldete 3,6 Millionen Aufrufe (abgerufen am 10.12.23).
- 2 Das verweist übrigens auf die bis dahin übliche Praxis, im Herbst eines Jahres den Bundeshaushalt des Folgejahres zu beraten und zu beschließen. Allein das Datum dieser Haushaltsdebatte klingt angesichts des Chaos bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 2024 wie eine Bestätigung der heftigen Attacken Wagenknechts angesichts der Amtsführung des Wirtschaftsministers.

in ihrer Rede unter anderem: „Die hohen Energiepreise, viel höhere als in vielen anderen europäischen Ländern, sind doch nicht vom Himmel gefallen; die sind das Ergebnis von Politik. Sie sind zum einen das Ergebnis Ihrer völligen Rückgratlosigkeit gegenüber den Absahmern und Krisenprofiteuren. Die Mineralölkonzerne werden in diesem Jahr in Deutschland 38 Milliarden Euro mehr Gewinne machen als im Schnitt der letzten Jahre, die Stromerzeuger sogar 50 Milliarden Euro – Geld, das den Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag aus der Tasche gezogen wird.“ Sie geißelte dann die Pläne der – später dann wieder einkassierten – Gasumlage, um schließlich unter tumultartigen Protesten im Plenum zu formulieren: „Wir haben wirklich die dümmste Regierung in Europa, wenn man sich das anguckt. Aber nicht nur, dass Sie zu feige sind, sich mit den Krisengewinnern anzulegen, das größte Problem ist Ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen. Ja, natürlich ist der Krieg in der Ukraine ein Verbrechen. Aber die Vorstellung, dass wir Putin dadurch bestrafen, dass wir Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen und dass wir unsere Industrie zerstören, während Gazprom Rekordgewinne macht – ja, wie bescheuert ist das denn? Preiswerte Energie ist die wichtigste Existenzbedingung unserer Industrie. Und wo haben Sie denn Ersatz aufgetan, Herr Habeck? Bei amerikanischen Frackinggasanbietern, die aktuell 200 Millionen Euro Gewinn mit jedem einzelnen Tanker machen! Klar, so kann man die Gasspeicher auch füllen, aber den Ruin von Familien und Mittelständlern, die diese Mondpreise am Ende bezahlen müssen, den werden Sie damit nicht aufhalten. ... Der Hauptgeschäftsführer des DIHK geht davon aus, dass Deutschland bei Fortsetzung der jetzigen Strategie in wenigen Jahren 20 bis 30 Prozent ärmer sein wird. Ja, ob es uns gefällt oder nicht: Wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, dann brauchen wir russische Rohstoffe und leider auf absehbare Zeit auch noch russische Energie. Deshalb: Schluss mit den fatalen Wirtschaftssanktionen! Verhandeln wir mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen! Wir sind nicht unabhängig. Sie machen sich und uns doch etwas vor. Lieber Herr Habeck, es mag ja sein, dass auch Ihnen egal ist<sup>3</sup>, was Ihre deutschen Wähler denken. Aber Sie haben nicht das Recht, Millionen Menschen, die Sie mehrheitlich nicht gewählt haben, ih-

3 Sie spielt damit an auf eine entsprechende Äußerung der deutschen Außenministerin.



ren bescheidenen Wohlstand und ihre Zukunft zu zerstören. Deshalb: Treten Sie zurück, Herr Habeck! Denn Ihre Laufzeitverlängerung führt mit Sicherheit zum Super-GAU der deutschen Wirtschaft. Danke schön.“ Wir zitieren ausnahmsweise zum Schluss auch das, was das stenografische Protokoll im Anschluss an diese Rede notiert: „Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit besten Grüßen aus Moskau, Ihre Rede! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Putins langer Arm!“

Die nachfolgende Auseinandersetzung um diese Rede ist eine Posse. Weil in der Rede nichts ist, was der damaligen Faktenlage widerspricht, dreht sie sich in den folgenden Berichterstattungen allein um die Zulässigkeit des Begriffs „Wirtschaftskrieg“ und um die Ablehnung von Sanktionen durch Wagenknecht.

Den Begriff „Wirtschaftskrieg“ haben vor und nach ihr mehrere benutzt – unter anderem auch der deutsche Wirtschaftsminister selbst. Am 1. März hatte der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire, ohne dass es irgendeine Empörung der deutschen Politik oder Medienlandschaft gegeben hätte, noch von dem „totalen Wirtschafts- und Finanzkrieg“ gegen Russland gesprochen, den der Westen jetzt beginnen müsse.<sup>4</sup>

Der von der Führung ihrer damaligen Partei geäußerte Vorwurf, Wagenknecht habe mit ihrer Rede gegen entsprechende Parteitagebeschlüsse verstoßen, ist schon eineinhalb Jahre später angesichts des späteren Zerfalls der Bundestagsfraktion dieser Partei nicht mehr sehr wichtig. Dennoch lohnt ein Blick in diese vom Parteitag der Partei „Die Linke“ (PdL) am 27. Juni 2022 beschlossene Resolution, die am 10. September 2022 Knuth Mellenthin in der Tageszeitung *junge Welt* so zusammenfasste: „Einerseits heißt es dort: ‚Sanktionen müssen sich gegen Putins Machtapparat und den militärisch-industriellen Komplex und damit die Fähigkeit zur Kriegsführung richten. Sanktionen, die sich vor allem gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im globalen Süden beitragen, lehnen wir ab.‘ Beides trifft insbesondere auf den von der EU beschlossenen und praktizierten Boykott russischer Energieträger wie Erdöl, Erdölprodukte und Naturgas zweifellos in großem Umfang zu. Unter diesem Aspekt setzt Wagenknecht einfach nur den Inhalt der Resolution

4 *junge Welt*, 23.11.2022

konsequent um. Andererseits steht dort aber auch, und darauf stützen sich Wagenknechts Gegner: „Die Möglichkeiten, den Import von fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken, müssen ausgenutzt werden. Auch den Import von umweltschädlichem Frackinggas lehnen wir ab. Es ist richtig, dass angesichts des Ukraine-Krieges Nord-Stream 2 nicht in Betrieb genommen wird.“ Mellenthin wirft die berechtigte Frage auf, wie denn angesichts vorheriger Parteitagebeschlüsse zum sofortigen Ausstieg sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Verstromung von Kohle in den kommenden Wintern die Energieversorgung der 80 Millionen Deutschen aus der Sicht der PdL-Führung gesichert werden solle, um dann fortzufahren: „Worauf baut die Befürwortung der westlichen Sanktionen gegen Russland durch den größten Teil der Parteiprominenz auf? Jedenfalls gewiss nicht auf einer Analyse und Diskussion der damit verbundenen Fragen.“

Eine kurze Einführung in die „Analyse und Diskussion“ der mit der Sanktionspolitik „verbundenen Fragen“ zu liefern, ist der Zweck des hier vorliegenden Buches. Das Manuskript wurde zu Weihnachten 2023 abgeschlossen.

## Kapitel 1

# Die Mutter aller Sanktionen

## Die alliierte Blockade im Ersten Weltkrieg bis zu Artikel 16 des Völkerbunds

Bereits vor dem 24. Februar 2022, als russische Truppen dem seit 2014 tobenden ukrainischen Bürgerkrieg um den Donbass eine neue Qualität gaben, führte der Westen – also die in der NATO zusammengeschlossenen Staaten unter Führung der USA und unter Einschluss Japans – intensive Diskussionen um den Einsatz von Sanktionen im Konflikt mit Russland. Mitten in diese Debatte hinein veröffentlichte der an der US-amerikanischen Eliteuniversität Cornell im Bundesstaat New York lehrende Professor für moderne europäische Geschichte, Nicholas Mulder, ein Buch mit dem Titel „The Economic Weapon – The Rise of Sanctions as a Tool of Modern War“, zu Deutsch: Die ökonomische Waffe – der Aufstieg der Sanktionen als ein Mittel des modernen Krieges.

Der in London erscheinende „Economist“, eines der wichtigsten Selbstverständigungsorgane der herrschenden Klassen des Westens, widmete dem neuen Werk des in den USA einflussreichen Professors am 19. Februar, also fünf Tage vor dem Beginn der danach vor allem in Deutschland viel beschworenen Zeitenwende eine ganze Seite unter der Überschrift „The wonks’ weapons? – A new history of sanctions has unsettling lessons for today“, übersetzt: Die Waffe der Besessenen. – Eine neue Geschichte der Sanktionen enthält für heute beunruhigende Lektionen.<sup>5</sup>

Zwei Lektionen, so der Economist, würde das Werk vor allem erteilen: Sanktionen hätten meistens nicht das bewirkt, was ihre Schöpfer damit beabsichtigten, und sie hätten oft unbeabsichtigte Konsequenzen. Meistens würden sie „Öl ins Feuer gießen“.

Die Warnungen aus New York und London verhallten ungehört. Die Lektüre der umfangreichen Studie lohnt dennoch – allein schon, um die skurrile deutsche Debatte zu versachlichen, die sich um den Gebrauch des Begriffs „Wirtschaftskrieg“ durch die Abgeordnete Sahra Wagenknecht im Deutschen Bundestag bei ihrer Rede vom 8. September entwickelt hat. Wer auch nur den Titel des Buches von Mulder gelesen hat, kann nur den Kopf schütteln über die lächerlichen Versuche, die Existenz eines Wirtschaftskrieges als Waffe gegen Russland abzustreiten.

### *Sanktionen – ein Kind des Imperialismus*

Gelegentlich wird so getan, als hätte es Sanktionen schon immer gegeben. Verwiesen wird etwa auf die Maßnahmen, die Athen im Jahre 432 in den Peloponnesischen Kriegen gegen die Häfen der Gegner verhängt hat oder auf die verschiedenen Belagerungen von Städten im Laufe der Klassenkämpfe in der Sklavenhaltergesellschaft oder im Feudalismus. Dies, so Mulder, „konstruiert eine ins Irre führende Kontinuität in Raum und Zeit“<sup>6</sup>. In agrarisch und von örtlichen Handwerkern geprägten Gesellschaften, die sich selbst mit regional hergestellten Produkten menschlicher Arbeit versorgten, konnte der Gedanke, durch Blockademittel die ganze Wirtschaft einer Region komplett lahmzulegen, nur Kopfschütteln hervorrufen. Wer Festungs- oder Städtebelagerungen mit moderner Sanktionspolitik gleichsetzt, landet auf dem alles nivellierenden Niveau des ersten deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, der bekanntlich Atomwaffen als eine simple Fortentwicklung der Artillerie hinzustellen versuchte.

Die verlockende Möglichkeit, einen Gegner durch wirtschaftliche Maßnahmen in die Knie zu zwingen, entwickelte sich geschichtlich erst durch

6 Nicholas Mulder, „The Economic Weapon. The Rise of Sanctions as a Tool of Modern War“, New Haven and London, 2022, S. 13; Übersetzung – wie alle folgenden Zitate aus englischsprachigen Quellen – von Manfred Sohn

die stetige internationale Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaften vom 17. bis zum 19. Jahrhundert – also durch das, was Karl Marx und Friedrich Engels als Herstellung des Weltmarktes bezeichneten. In der aufsteigenden Phase dieser neuen Art des Wirtschaftens achteten die treibenden Kräfte – die neu entstehende Klasse der nationalen Bourgeoisien – penibel darauf, dass die kleinlichen Kriege von Staaten gegeneinander das Geschäft nicht allzu sehr störten. Zwischen 1840 und 1914 entstand daher ein ganzes Geflecht internationaler Abkommen, die dem Zweck dienten, „das Privateigentum vor Konflikten zwischen den Staaten zu schützen“.<sup>7</sup> Leitlinie war der vom schweizerisch-französischen Aufklärer Jean-Jacques Rousseau in seinem 1762 erschienen Werk „Der Gesellschaftsvertrag“ entwickelte Gedanke, dass ein Krieg eine Sache zwischen Staaten sei, die Beziehung zwischen einem Menschen und einem anderen aber nicht berühre, auch wenn sie in diesen Staaten leben würden. Staaten könnten eben nur andere Staaten als Feinde haben, nicht aber andere Menschen. Folgerichtig achtete „Her Majesty’s Treasury“, also der Schatzmeister Englands, während des Krimkrieges, der von 1854 bis 1856 zwischen Großbritannien und Russland tobte, anders als sein heutiger Nachfolger penibel darauf, alle gegenüber der zaristischen Regierung einmal eingegangen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Krieg endete mit der Pariser Deklaration von 1856, die übrigens der erste internationale Vertrag war, der sich ausdrücklich anderen Nationen zur Mitunterzeichnung öffnete. Bis dahin waren Friedensverträge ausschließlich Sache der Frieden schließenden Vertragsparteien gewesen. Bestandteil dieser Deklaration war die Aufstellung von Kategorien „freier Güter“, deren Beschlagnahmung „on the high sea“, also außerhalb der Küstengewässer, untersagt war.<sup>8</sup>

Dem folgten nach weiteren Kriegen, in denen zum Teil neue kapitalistische Nationen entstanden, weitere entsprechende Verträge, die alle das Ziel hatten, das heilige Privateigentum vor den Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen zu schützen. Generalisiert wurde dies schließlich im Zweiten Haager Vertrag von 1907. Ökonomische Sanktionen, wie wir sie heute als selbstverständlich hinnehmen, also Maßnahmen eines Staates gegen die Handelsbeziehungen eines anderen Staates als Teil einer kriegerischen Auseinandersetzung, waren damals untersagt.

7 ebenda, S. 16

8 ebenda

Deshalb ist in gewisser Weise die naive Empörung der späteren Mittelmächte – das Deutsche Reich mit seinem Hauptverbündeten, der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie – zu verstehen, als die Alliierten, allen voran England und Frankreich, in den Monaten nach Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 und 1915 daran gingen, diese Vertragsgrundlagen des aufsteigenden Kapitalismus aus seiner vorimperialistischen Etappe zu zerreißen. Der damals ertönende „Foul!“-Ruf hat im Nachhinein etwas Putziges, weil die Diener der Kaiser von Berlin und Wien eben nicht mitbekommen hatten, dass sich in der imperialistischen Phase die Rolle des Staates für das kapitalistische System gewandelt hatte. „Europas wachsender Imperialismus“, schreibt Mulder, zertrümmerte die Mauer zwischen Krieg und Geschäft als einer der Fundamente der kapitalistischen Entstehungsgeschichte.<sup>9</sup>

Vorher an den Rand gedrängte Denker wie etwa John Nicholl, der schon im Jahre 1800 meinte, es könne nicht gleichzeitig einen Krieg der Waffen und einen Frieden der Geschäftemacherei geben, bekamen in diesem Zusammenhang mehr Aufmerksamkeit und Resonanz. Jede politische Wendung schafft sich eben ihre intellektuellen Rechtfertigungen.

Tonangebend war dabei die damals zunächst unterschätzte aufstrebende kapitalistische Macht jenseits des Atlantiks, die Vereinigten Staaten von Amerika. Während des blutigen Bürgerkrieges zwischen den Nord- und Südstaaten gingen die später siegreichen Nordstaaten zur Blockade der Häfen über, durch die die Südstaaten ihren Baumwollexport abwickelten, von denen ihre Wirtschaft wesentlich abhing. Der damals dort weit rezipierte Militärtheoretiker Alfred Thayer Mahan pries diese und andere Maßnahmen als „ein wahrhaftig militärisches Mittel – genauso wie das Töten von Männern, deren Waffen den Krieg auf dem Felde bestimmen.“<sup>10</sup>

### *Wirksamer als Luftangriffe und Gaskrieg*

Diese neue Waffe ins Feld zu führen, war keine Kleinigkeit, und sie war nicht über Nacht zu schmieden. Der Bruch der damals die internationale Politik ordnenden Verträge, die den freien Handelsverkehr vor allem auf hoher See

9 ebenda, S. 17

10 ebenda, S. 19

bisher garantiert hatten, bedurfte nicht nur argumentativer und juristischer Anstrengungen. Eine „effektive Isolation hing auch von der Möglichkeit ab, Drittländer am Handel mit dem gegnerischen Staat zu hindern.“<sup>11</sup> Das griff und greift bis heute tief ein in das Recht von Staaten ein, sich aus Konflikten anderer herauszuhalten. Dieses vornehme Recht von Nationen, zu sagen: „Dies ist nicht unser Krieg“, musste verleugnet werden – und die Anstrengungen aus Washington, London, Berlin und anderswo zielen heute gerade auf die neutralen Staaten wie Indien, Brasilien oder China und versuchen, ihnen das Recht auf Neutralität zu bestreiten. Sanktionen als Waffe im Krieg sind nur durchsetzbar gegen dieses Recht auf Neutralität.

Die „Maschinerie der Blockade“ gegen Deutschland aufzubauen, benötigte, wie Mulder ausführlich und sehr bildhaft darlegt, den Aufbau eines umfassenden Apparats. Neu geschaffene Behörden vor allem in London, aber auch in Paris, verschafften sich in angestrenzter Rechercharbeit aus Schiffsdokumenten und durch Auswertung von Wirtschaftszeitungen einen systematischen Überblick über die verwundbarsten Stellen der deutsch-österreichischen Kriegsmaschinerie. Mangan beispielsweise ist ein silberweißes, hartes, sehr sprödes Metall, das für sich genommen keinen großen Nutzen hat, aber eine entscheidende Rolle in den chemischen Prozessen spielte und spielt, um Eisen zu Stahl weiterzuverarbeiten. Deutschland war am Vorabend des Ersten Weltkriegs der zweitgrößte Stahlkocher nach den USA, und sein führender Industrieller Krupp hatte ein international weitverzweigtes Netz aufgebaut, um Mangan zu importieren. Die Hauptquellen vor dem August 1914, die in Indien und Russland lagen, fielen mit Kriegsbeginn aufgrund der neuen imperialen Politik Londons umgehend weg. Der deutsche Fokus richtete sich sofort auf den drittgrößten damaligen Mangan-Lieferanten, Brasilien. Das Land hatte sich aber in dem europäischen Hauen und Stechen zunächst für neutral erklärt. Also galt es, Mittel zu ersinnen, den Manganstrom von Brasilien nach Deutschland zu unterbinden, ohne Brasilien auf die Seite Deutschlands zu treiben. Die angewandten Hebel kommen dem heutigen Zeitgenossen bekannt vor: „Fast 90 Prozent der Kohle<sup>12</sup>, die Brasilien importierte, kamen aus Britannien. ... Ver-

11 ebenda, S. 6

12 Damals spielte Kohle für die Energieerzeugung die Rolle, die heute Öl und Gas spielen. Die übermächtige Rolle Großbritanniens in der damaligen Welt resultierte nicht nur aus seinen Industrien, sondern auch daraus, dass das Land gleichzeitig der weltweite Hauptrohstofflieferant für Kohle war.

sicherungen, Handel mit Kohle und deren Lagerung waren dominiert von Firmen, die ihre Basis auf den britischen Inseln hatten.“<sup>13</sup> Ein weiterer Hebel, den das „War Trade Department“ (WDT) schnell in den Mittelpunkt rückte, waren die Finanztransfers, die über die Deutsche Bank liefen und für den reibungslosen Transport von Mangan sorgten. Materiell wie finanziell schnitt das britische Empire dem deutschen Imperium nach und nach eine Verbindung nach der anderen durch, mit deren Hilfe bisher Krupp Eisen zu Stahl veredeln lassen konnte. Einer der Gründe der Heftigkeit, mit der Deutschland damals gegen Russland zu Felde zog, lag in der Zielstellung, durch einen schnellen Sieg im Osten die bei Kriegsbeginn verschütteten Manganquellen wieder zu öffnen – was bekanntlich erst 1917 gelang.

Der sich so entfaltende Wirtschaftskrieg war aus alliierter Sicht erfolgreich. Luftangriffe töteten im Ersten Weltkrieg bereits ungefähr 1.400 Zivilisten allein in England und einige Hundert auf dem Kontinent, und rund 90.000 Soldaten starben durch die erstmalige großflächige Anwendung von Giftgas. Damit verglichen, schreibt Mulder, war die Blockade die tödlichere Waffe: „Im Ersten Weltkrieg starben zwischen 300.000 und 400.000 Menschen in Zentraleuropa durch den Hunger und die Krankheiten, die die Folge der Blockade waren, zusätzlich gab es 500.000 Tote in den Provinzen des Osmanischen Reiches.“<sup>14</sup>

Angesichts dessen von Sanktionen als der vermeintlich humaneren Alternative zum Schießkrieg zu sprechen, verrät vor allem historische Unkenntnis. Sanktionen sind eine Ausgeburt des Imperialismus mit tödlichen Folgen für Kriegsbeteiligte wie für diejenigen, die versuchen, neutral zu bleiben. Sie sind historisch mit dem Imperialismus entstanden und sie werden historisch erst mit ihm zusammen als Geißel der Menschheit endgültig verschwinden.

### ***Vom Schmieden der „ökonomischen Waffe“ bis hin zum „Totalen Wirtschaftskrieg“***

Die ökonomische Waffe, die helfen sollte, die künftige Kriegsführung grundsätzlich zu ökonomisieren und – so jedenfalls die Legitimation nach außen – in gewisser Weise zu entmilitarisieren, bestand Mulder zufolge aus drei Kern-

13 Mulder, a.a.O., S. 31

14 ebenda, S. 5



elementen. Das erste war die Bildung der Blockade, mit der die alliierten Mächte die Mittelmächte in die Knie zwingen wollten. Das erforderte, wie wir gleich sehen werden, einen immensen Apparat zu ihrer Durchsetzung und entfaltete seine volle Wirkung erst mit dem Kriegseintritt der USA im Jahre 1917. Das zweite Element war die Hebung dieser Waffe in den Rang eines Elements der künftigen Weltinnenordnung durch die Aufnahme eines eigenen Artikels in der Gründungserklärung des Völkerbundes, also des Vorläufers der heutigen UNO. Und schließlich bildete die praktische Erprobung dieses Instruments vor allem gegenüber den revolutionären Bewegungen in Russland und Ungarn im Jahre 1919 den Abschluss in der Herstellung dieser Waffe, die dann – als Damoklesschwert über vielen kleineren Staaten hängend – die gesamten 1920er Jahre hindurch nicht eingesetzt wurde, aber durchaus, wie kurz zu erläutern ist, Wirkung zeigte.

Die Mutter aller Sanktionspolitik bis auf den heutigen Tag ist die aus der Sicht der Politiker in Washington, London und Paris erfolgreiche Blockadepolitik gegen Deutschland und Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkriegs.

Die Grundvoraussetzung für das Gelingen lag in der aus heutiger Sicht kaum zu überschätzenden Dominanz des britischen Empire für die damalige Weltökonomie. Zwar hatten Deutschland und die USA in einer Reihe von ökonomischen Kennziffern zum britischen Weltreich aufgeschlossen und es beispielsweise in der Stahlproduktion überholt. Aber in der City of London wurden 1912 rund 60 Prozent aller Welthandelsgeschäfte abgewickelt. Vier Millionen Rechnungen täglich wurden dort – ohne jede EDV – verarbeitet. Als der Krieg im August 1914 begann, wurden durch Banken in Deutschland und Österreich-Ungarn gerade mal 20 Prozent aller internationalen Rechnungen abgewickelt – fast alles andere lief unter Aufsicht von Banken im Wirkungsbereich Großbritanniens, Frankreichs und der USA.<sup>15</sup> Zwei Drittel aller Schiffsversicherungen wurden in London abgeschlossen. Siebzig Prozent des gesamten Kabelnetzwerkes, das damals die Welt zu umspannen begann, wurden von Firmen des britischen Empires betrieben.

Am Beginn des Krieges tobte in London ein kurzer interner Streit zwischen der britischen Admiralität und anderen Teilen des Staatsapparates

15 Das ist mithin ein weit größeres Übergewicht als heute die USA, die EU, Großbritannien und Japan zusammen auf die Waage bringen.

darüber, wer für die schon lange erwogene Blockade Deutschlands und seiner Verbündeten am Ende die Verantwortung tragen sollte. Die Argumentation der Navy-Leute war klar: Letztlich müsse jede Blockade am Schluss mit Schiffen und Kanonen vor den gegnerischen Häfen physisch durchgesetzt werden. Sie unterlagen dennoch dem Hinweis auf die Komplexität der Weltwirtschaftsbeziehungen und die Notwendigkeit, eben nicht den gesamten Waren- und Kapitaltransfer der damaligen Weltökonomie zum Stillstand zu bringen, sondern exakt das herauszufiltern, was der Gegenseite maximal schadet, ohne den eigenen Nutzen aus dem Bezug von Rohstoffen und Halbfertigprodukten aus der ganzen Welt mehr als unbedingt notwendig zu beeinträchtigen. Die grundsätzliche Problematik zwischen maximaler ökonomischer Schädigung des Gegners<sup>16</sup> und möglichst großer Schonung der eigenen ökonomischen Abhängigkeiten wurde schon 1914 klar gesehen und führte zu der Entscheidung, dafür eine eigene Institution zu schaffen – das „War Trade Department“ (WTD), angesiedelt beim Schatzmeister seiner Majestät.

Im selben Monat reagierte die Gegenseite auf die langsam spürbaren Auswirkungen dieser neuen Waffe. Noch im August gab es im deutschen Generalstab gegenüber den Drohungen einer Wirtschaftsblockade große Gelassenheit. Es werde, so die damals weitverbreitete Meinung, keine Hungersnot geben, die englische Blockade hätte schon gegen Napoleon nicht die gewünschte Wirkung gezeigt, und heute seien die Möglichkeiten des deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, sich gegen eine solche Blockade zur Wehr zu setzen, ungleich größer als die des damaligen Frankreichs. Die Ernüchterung gegen Ende des ersten Kriegswinters führte zu einer gewissen Überreaktion: „Wie Du mir, so ich Dir“ mögen manche in Berlin gedacht haben, als sie als Antwort auf die langsam wirksam werdenden Blockademaßnahmen ihrerseits im Februar 1915 den unbegrenzten U-Boot-Krieg auch gegen die Handelsflotte der Alliierten erklärte, wohl wissend, dass die Unterscheidung, ob das im Periskop gesichtete Schiff nun ein britischer oder ein neutraler Frachter oder gar ein neutrales Passierschiff ist, im Eifer des Gefechts nicht immer garantiert werden kann.

Die Arbeit, die das WTD zu leisten hatte, war immens, und schon im November umfasste die Belegschaft 145 Leute. Ihre Aufgabe war unter anderem,

16 Also ihn in den „Ruin“ zu treiben, wie die deutsche Außenministerin es 2022 auf den Punkt brachte.

das bereits im August 1914 im Unterhaus beschlossene „Gesetz zum Handel mit dem Feind“<sup>17</sup> zu kontrollieren. Das WTD bekam das Recht, feindliches Eigentum und Investitionen des Feindes im gesamten Wirkungsbereich des britischen Empire zu konfiszieren. Dieses Gesetz entwickelte – wie alle Sanktionsregimes seitdem – seine eigene, oben bereits angedeutete innere Logik: Im Januar 1917 wurde es dahingehend ausgeweitet, dass alle in der City of London registrierten ausländischen Sicherheitseinlagen konfisziert werden konnten, und zwar nicht nur die der feindlichen, sondern auch die neutraler Staaten. Die Begründung ist uns aus unseren Tagen wohlbekannt: Anders könnten Schlupflöcher zur Umgehung der Blockade nicht geschlossen werden.

Schulter an Schulter mit dem britischen Kontrollapparat baute auch die französische Regierung einen ähnlichen Kontrollapparat zur Durchsetzung der Blockade vor allem im Mittelmeerraum auf. Als Vollzugsorgan wurde die französische Flotte vor allem zwischen der italienischen und der osmanischen Küste eingesetzt, um den dortigen Schiffsverkehr zu kontrollieren.

Die Verschärfungen in der zweiten Hälfte des Krieges resultierten auch aus heftigen Debatten in den Parlamenten Großbritanniens und Frankreichs über die Gründe des aus ihrer Sicht unbefriedigenden Verlauf des Krieges. Ende 1915 war die Blockade für die Mittelmächte zwar spürbar, hatte aber ganz offensichtlich nicht zu ihrem ökonomischen Ruin geführt, und anstelle dass französische Truppen am Rhein standen, standen deutsche Truppen weiter tief in Frankreich. In dieser Stimmung versprachen sowohl der französische Premierminister Aristide Briand als auch sein britischer Kollege Herbert Asquith neben verstärkten militärischen Anstrengungen eine Verschärfung des ökonomischen Krieges. Es entwickelte sich das, was Mulder als „Economic Total War“ – Totaler Wirtschaftskrieg – betitelt.<sup>18</sup> Zunächst wurden die für die Datensammlung und Systematisierung zuständigen Abteilungen der Regierung personell verstärkt und bekamen außer mehr Kompetenzen auch neue Titel – aus dem beim Finanzministerium angesiedelten „Trade Clearing House“ (TCH) wurde das „War Trade Intelligence Department“ (WTID), das nunmehr dem neugebildeten „Ministry of Blockade“ angehörte. Dieses Blockadeministerium unter Leitung von Lord Robert Cecil und seiner rechten

17 im Original: „British Trading with the Enemy Act“

18 Mulder, a.a.O., S. 38

Hand, William Arnold-Forster, wuchs in den weiteren Kriegsjahren in eine immer zentralere Stellung für die gesamte ökonomische Kriegsführung der Alliierten gegen die Mittelmächte hinein, immer eng verzahnt mit der britischen Flotte, die im Jahr 1915 täglich durchschnittlich acht Frachter allein in der Nordsee aufbrachte, um ihre Ladung und ihr Bestimmungsziel zu kontrollieren. Ein Viertel aller Schiffe wurde, begleitet von Kriegsschiffen, in alliierte Häfen zur weiteren Kontrolle ihrer Ladung geschickt, bevor sie nach genauer Inspektion ggf. ihre Reise fortsetzen konnten. Der Grund war einfach: „Arnold-Forster realisierte, dass große Mengen von Handelsgütern zu neutralen Ländern letztlich in feindlichen Händen landeten.“ Als Kollateral-Nutzen gab es übrigens durch das Blockadeministerium einen großen Aufschwung der Wissenschaft von der Statistik. Die Mengen an Informationen waren durch Einzelfall-Überprüfung schlicht nicht mehr zu bewältigen. Also baute Arnold-Forster ein statistisches Frühindikatoren-System auf, durch das Veränderungen in den Warenströmen neutraler Staaten frühzeitig so erfasst werden sollten, dass darauf aufbauend Einzelfallkontrollen gezielter stattfinden konnten. Im Falle der damals neutralen Niederlande beispielsweise wurde Anfang 1916 festgestellt, dass die niederländischen Importe für Leinsamen, Schmieröl und Gasoline im letzten Quartal 1915 deutlich den Durchschnitt der Vorjahre überschritten hatten – also erging an die Royal Navy die Order, die entsprechenden Importe nach den Niederlanden zu unterbinden. In einer weiteren Stufe wurden durch das britische Empire auch die Grenzen für die von ihm erlaubten Importe der Niederlande in den Warenkategorien Mais, Gerste, Petroleum, Baumwolle und anderer Güter abgesenkt, um sicherzustellen, dass nichts davon ins darbende deutsche Reich gelangt. Mulder resümiert: „Das brach mit der traditionellen Interpretation des Kriegsvollrechts im internationalen Rechtssystem. Aber als ein Weg, einen möglichen Schleichhandel mit dem Ziel Deutschland zu unterbinden, war das weit wirkungsvoller als das alte System. Gestützt auf statistische Erhebungen statt auf Einzelfallprüfungen hatte es der britische Staat geschafft, die Logik der Blockade von der legalen auf eine ökonomische Basis zu verschieben.“<sup>19</sup>

Wir verlassen an dieser Stelle kurz den historischen Abriss, um die Bedeutung der historischen Analyse für das Verständnis aktueller Politik zu be-

19 ebenda, S. 42

denken: Die Waffe der Sanktionen beschreibt einen geschichtlichen Bogen. Sie richtete sich zunächst gegen die damals vorherrschende kapitalistische Logik aus der Zeit der ersten Globalisierung. Diese war geprägt vom Glauben an den Weltmarkt und der eigenen Unwiderstehlichkeit der Logik von Marktwirtschaft und dem freien Verkehr von Gütern und Kapital über den gesamten Globus hinweg. Über dieser scheinbar zeitlosen Logik aber regierte (und regiert) unsichtbar und solange es Kapitalismus gibt, immer die Logik der Profitmacherei. Sie führte gegen den Glauben der vorimperialistischen Phase zu einer eigenen, vor allem von Lenin analysierten inneren Dynamik hin zur notwendigen Verbindung staatlicher Machtmaschinen mit marktwirtschaftlicher Logik. Die daraus resultierende neue geschichtliche Phase heißt im marxistischen Vokabular Monopolkapitalismus und Imperialismus.

Die Außerkraftsetzung der alten Verträge aus der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus im Zuge der Blockade der aufmüpfigen deutschen Bourgeoisie durch die damals vorherrschende britische Bourgeoisie bedurfte einer juristischen Legitimation. Inhaltlich sollte die neue Politik dem Vorbild der Nordstaaten der USA folgen, die die Waffe der Blockade erstmals gegen die Südstaaten angewandt hatten. Die legalistische Rechtfertigung manifestierte sich im Völkerbund-Artikel 16 und anschließend in der Charta der Vereinten Nationen. In unserer Zeit des Niedergangs der alten imperialistischen Mächte wird das nun – wie zum Beginn des geschichtlichen Bogens – wieder zerrissen. Sanktionen werden verhängt von einer „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA und ohne jeden Versuch einer völkerrechtlichen Legitimation durch UN-Beschlüsse.

Im Zuge dieses Rückfalls in die Zeit vor dem Versuch, Sanktionen völkerrechtlich zu legitimieren, wird in unserer Zeit auch auf das in jenen Tagen der britischen Blockade erfundene Mittel der „Blacklist“ zurückgegriffen – und damit sind wir wieder in der Spur unseres historischen Abrisses.

Als das „Ministerium für Blockade“ eingerichtet war, entwickelte Cecil gemeinsam mit Arnold-Foster eine konzeptionelle Sortierung der künftig anzuwendenden Mittel, um die Wirtschaft der Mittelmächte möglichst effektiv zu schädigen. Ganz oben auf ihrer Liste stand eine Liste: „Blacklist“ – schwarze Liste. Dort landeten alle Firmen, von denen bekannt wurde, dass sie mit dem Feind Handel trieben. Es gab (ich nehme an, das ist heute nicht anders – M.S.) neben einer offiziellen, der Presse gegenüber publizierten Liste, drei weitere geheim gehaltene Listen: Eine für Banker, eine für Schiffe und eine Art Kan-

didatenliste – also Listen von Unternehmen, die unter dem Verdacht standen, möglicherweise mit dem Feind Handel zu treiben.<sup>20</sup> Auf dieser letzten Liste landeten auch amerikanische Firmen. Ihre vor der Öffentlichkeit verborgene Auflistung sollte – abgestimmt innerhalb der britischen Regierung – einerseits auf den Fall vorbereiten, dass auch solche Firmen bekämpft werden müssten, andererseits aber verhindern, dass die fortdauernden Bemühungen, die USA an die Seite Großbritanniens und Frankreichs zu ziehen, gestört würden.

Zur Auflösung dieses Widerspruchs zwischen möglichst effektiver Blockade einerseits und Einbeziehung der USA andererseits wurden von Cecil „Navicerts“ eingeführt – das waren für US-amerikanische Schiffe ausgegebene Zertifikate, die nach Angabe der Schiffsfracht und der Zielhäfen – häufig eben die der USA – durch die jeweilige britische Botschaft ausgegeben wurden. Das Vorzeigen dieser Zertifikate ermöglichte es Schiffen, die von der Royal Navy aufgebracht wurden, die Blockade zu passieren, ohne versenkt oder in den nächsten, von der Royal Navy dafür ausgesuchten Hafen eskortiert zu werden.

Schließlich systematisierte, wie oben schon ausgeführt, das Ministerium die Erfassung des Kohlehandels als der damals wichtigsten Energieressource, ohne die zu Zeiten jenes Krieges ein Schiff ebenso wenig fahren konnte wie zu unseren Zeiten ohne Öl.

Im Zuge des Knüpfens des Netzes, das über den Welthandel geworfen wurde, wuchs die Zahl der Planstellen im neu geschaffenen Ministerium für Blockade auf 1.880 – die Zahl der Frauen und Männer nicht mitgerechnet, die für das Ministerium in den Botschaften die oben erwähnten Zertifikate ausstellten.

Neben diesen schwarzen Listen gab es eine weitere Erfindung aus der Mitte des zweiten Jahrzehnts im letzten Jahrhundert, die bis heute hohe Bedeutung entfaltet: die finanzielle Blockade.

In den ersten zwei Jahren der Blockadepolitik beschränkte sie sich weitgehend auf die Unterbrechung physischen Warenverkehrs und der Beschlagnehmung von Eigentumstiteln. Es wurde allerdings ziemlich schnell klar, dass eine solche Blockade unter den damaligen Bedingungen nicht so lückendicht funktionieren konnte, dass sie die wirtschaftliche Kraft der Mittelmächte ent-

20 Frankreich führte parallel dazu ähnliche Listen ein – die „listes noires“, vgl. Mulder, a.a.O., S. 43

scheidend schwächte. Im Februar und März beispielsweise entdeckte das britische Finanzamt Geldtransfers der Wall Street zu vormals kleinen Banken in den Niederlanden und Schweden im Umfang von 11 Millionen Dollar und kam nach der Untersuchung der Transfers zu dem Schluss, es gäbe „keinen anderen Grund für diese Transaktionen als Handel mit Deutschland.“<sup>21</sup>

Es war den Blockadepolitikern klar: Das musste unterbunden werden. Aber die Umsetzung stieß zum einen auf personelle Engpässe – die Finanzströme mussten ja systematisch observiert werden – als auch auf eine gewisse Ratlosigkeit hinsichtlich des methodischen Vorgehens. Wie Schiffe aufgebracht werden konnten, hatte die Royal Navy seit Sir Francis Drake gelernt, das Unterbrechen von Geldtransfers war eine neue Aufgabe.

Es wäre falsch, anzunehmen, das Problem hätte sich in den letzten gut hundert Jahren gelöst. Sonst würde nicht der Londoner Economist im April 2023 bei der Darlegung der Möglichkeiten von ökonomischen Sanktionen gegen China formulieren: „Jedenfalls hätten Amerikas Dienste ordentlich zu tun, um ausladende Finanzrestriktionen durchzusetzen. Jeden einzelnen Dollar zu überwachen, der in Hongkong oder in irgendwelchen offshore-Häfen wie den Cayman Islands deponiert wird, liegt wahrscheinlich außerhalb ihrer Möglichkeiten – jedenfalls nicht ohne eine massive Aufstockung der finanziellen und personellen Mittel.“<sup>22</sup>

Die vom Mai 1916 angewendete Lösung bestand darin, von den Banken Garantien zu verlangen, dass sie „keinerlei Geschäfte machen, weder direkt oder indirekt, die zum Vorteil oder zur Unterstützung der Feinde von Großbritannien oder seinen Verbündeten dienen.“<sup>23</sup>

Bereits damals tauchte – trotz der damaligen Übermacht der Londoner City für die Finanzmärkte und erst recht nach dem Kriegseintritt der USA – das Problem auf, dass diese Maßnahmen „the risk of backfiring“ in sich trugen, wie beispielsweise der französische Beauftragte für die Blockade Deutschlands, Octave Homberg, warnte.<sup>24</sup> Denn es war ja angesichts des – bis spätestens noch im Frühjahr 1918 – ungewissen Kriegsglücks nicht selbstverständlich, dass sich solche neutralen Länder wie die Niederlande dazu pres-

21 Mulder, a.a.O., S. 49

22 The Economist, 01.04.2023

23 Mulder, a.a.O., S. 50

24 ebenda, S. 52

sen ließen, ihre guten Geschäfte mit den Mittelmächten völlig in den Wind zu schießen, zumal sie ja anders als die heutigen Zeitgenossen nicht sicher sein konnten, wie der Krieg schließlich enden würde.

Wir aber heute wissen: Er endete mit einem alliierten Sieg. Und ob richtig oder nicht ganz richtig – in der Rezeption der Gründe des Sieges wurde er vor allem in Großbritannien, aber auch in den USA nicht zuletzt auf den Erfolg des „Ruins“ der deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegswirtschaft und dem erfolgreichen Verhängen von Steckrübenwintern über die deutsche Bevölkerung zurückgeführt.

Bis über das Kriegsende hinaus, also noch während der Verhandlungen über einen Friedensvertrag, blieben die verhängten Sanktionen wirksam, und der im Gefolge des Krieges auf Initiative der USA gegründete Völkerbund machte sich zum Anwalt des Plädoyers, diese erfolgreiche Politik gegen die Regeln der Siegermächte in das Arsenal völkerrechtlich verbindlicher Strafmaßnahmen aufzunehmen.

## **Völkerbund Artikel 16**

Am 28. April 1919 unterzeichneten in Paris die Vertreter von 32 Ländern<sup>25</sup> die Satzung des „Völkerbundes“, den Vorläufer der Vereinten Nationen. 100 Jahre später fasste der „Deutschlandfunk“ dessen Zielsetzungen so zusammen:

*„Anstelle der souveränen Großmächte sollte künftig eine supranationale Gemeinschaft gleichberechtigter Nationalstaaten für eine friedliche Ordnung der Welt sorgen. Denn nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs, der allein auf den Schlachtfeldern neun Millionen Tote und zahllose Versehrt gefordert hatte, waren Geheimdiplomatie und hegemoniales Machtstaatsdenken grundlegend diskreditiert.*

*Der britische Minister Robert Cecil, ein enthusiastischer Anhänger des neuen Prinzips, hatte schon am 12. November 1918, einen Tag nach dem militärischen Sieg über Deutschland, betont:*

25 Nach langen Debatten traten die USA dem Völkerbund nicht bei. Deutschland wurde 1926 Mitglied, trat im Oktober 1933 aber wieder aus. Der Völkerbund wurde am 18.04.1946 aufgelöst.



*„Wir haben dafür gekämpft, die verderbliche und unwahre Idee einer exklusiven nationalen Moral auszulöschen, um an ihre Stelle etwas Besseres zu setzen. Der Frieden kann der Welt nicht durch eine mächtige Allianz der Sieger aufgezwungen werden, er kann nur durch ein allgemeines Abkommen, eine Vereinigung der Nationen, gesichert werden. Wenn der Bund der Völker nur ein Traum bleibt, ist es schwer, nicht zu verzweifeln.“*  
*Cecil war einer der Autoren der Völkerbundsatzung, die als Hauptorgane einen Rat, ein Ständiges Sekretariat und eine Bundesversammlung in Genf sowie einen Gerichtshof in Den Haag vorsah.“<sup>26</sup>*

Die Satzung beinhaltete ein Verbot von Geheimverträgen, die Ächtung von Angriffskriegen sowie die Verpflichtung zu internationaler Abrüstung.

Die Rezeption der Sanktionen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn spiegelte sich darin wider, dass sie einen eigenen Artikel 16 erhielten, der es lohnt, im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

*„Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13 oder 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des vertragsbrüchigen Staates zu untersagen und alle finanziellen, Handels- oder persönlichen Verbindungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jedes anderen Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden.*  
*In diesem Falle ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen beteiligten Regierungen vorzuschlagen, mit welchen Land-, See- oder Luftstreitkräften jedes Bundesmitglied für seinen Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu verschaffen bestimmt ist.*  
*Die Bundesmitglieder sagen sich außerdem wechselseitige Unterstützung bei Ausführung der auf Grund dieses Artikels zu ergreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen zu, um die damit verbundenen Verluste*

*und Nachteile auf das Mindestmaß herabzusetzen. Sie unterstützen sich gleichfalls wechselseitig in dem Widerstand gegen jede Sondermaßnahme, die der vertragsbrüchige Staat gegen eines von ihnen richtet. Sie veranlassen alles Erforderliche, um den Streitkräften eines jeden Bundesmitglieds, das an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Bundesverpflichtungen teilnimmt, den Durchzug durch ihr Gebiet zu ermöglichen.*

*Jedes Mitglied, das sich der Verletzung einer aus der Satzung entspringenden Verpflichtung schuldig macht, kann aus dem Bund ausgeschlossen werden. Die Ausschließung wird durch Abstimmung aller anderen im Rate vertretenen Bundesmitglieder ausgesprochen.“<sup>27</sup>*

Damit war die Waffe geschmiedet. Zuerst geschwungen wurde sie – noch vor der Unterzeichnung, also quasi im warmen Schmiedeprozess-Zustand – gegen die Revolutionsregierungen in Ungarn und Russland.

<sup>27</sup> <https://www.versailer-vertrag.de/vv1.htm>, abgerufen am 14.04.2024